

Nichtamtlicher Theil.

Kundmachung

rücksichtlich der Zuerkennung des Staatspreises für ein bewährtes Heil- und Schutzmittel gegen die Fleckenkrankheit der Seidenraupen.

Unter dem 5. August 1868 hat das k. k. Ackerbauministerium in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Wiener Seidenbaucongresses vom Jahre 1867 über Antrag der damaligen Seidenbaucommission einen Staatspreis von 5000 fl. ö. W. ausgeschrieben für Denjenigen, dem es gelänge, ein wirksames und allgemein anwendbares Heil- oder Schutzmittel gegen die gegenwärtig auftretende furchenartige Fleckenkrankheit des Seidenspinners Bombyx mori ausfindig zu machen.

In Folge dieser Ausschreibung sind bis Ende September 1870, dem Schlusse des Anmeldestermines, 38 Bewerber aus dem In- und Auslande beim Ackerbauministerium eingeschritten.

Die ersten 31 Gesuche wurden der bestandenen Seidenbaucommission zur gutachtlichen Aeußerung zugewiesen, welche hievon drei nur insofern berücksichtigte, als Versuche mit den darin vorgeschlagenen Mitteln eingeleitet wurden. — Doch sind dieselben leider erfolglos geblieben.

Die später eingelangten sieben Bewerbungen sind mit Rücksicht auf die inzwischen mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. November 1870 erfolgte Auflösung der Seidenbaucommission an eine Commission von neun bewährten Fachmännern des In- und Auslandes zur Begutachtung zugewiesen worden.

Bei dem Umstande, als die Vorfrage, ob im Sinne der Preisanschreibung anzunehmen sei, daß die Pasteur'schen Vorschläge schon jetzt durch zwei auf einander folgende Jahre erprobt seien, von maßgebender Seite bejaht worden war, wurden diese Commissionsmitglieder eingeladen, sich über die Zuerkennung obigen Staatspreises zu äußern.

Nach den eingelangten Voten sämmtlicher Commissionsmitglieder wird durch das Pasteur'sche Grainsgewinnungsverfahren (Zellengrainirung), rücksichtlich dessen demselben nach dem einstimmigen Ausspruche der Commissionsmitglieder die Priorität gebührt, zwar kein Heil-, aber doch ein vollständig wirksames Vorbeugungsmittel gegen die Körperchenkrankheit geboten, welches leicht und allgemein anwendbar ist, ja diese allgemeine Anwendung bereits gefunden hat.

Mit Rücksicht hierauf wird der für ein solches Heil- oder Schutzmittel ausgeschriebene Staatspreis von fünftausend Gulden österreichischer Währung Herrn L. Pasteur, membre de l'institut de France etc. in Paris, zuerkannt.

Wien, am 12. December 1871.

Vom k. k. Ackerbauministerium.

Im Monate Jänner 1872 werden von dem Rathe der k. k. Akademie der bildenden Künste zu Wien die zweijährigen Reisestipendien, und zwar je eines für die Gebiete der Architektur, Sculptur und Malerei an solche Kunstjünger verliehen werden, welche ihre Ausbildung an diesem Kunstinstitute erlangt haben.

Gesuche um diese Reisestipendien werden bis letzten December d. J. in der akademischen Kanzlei entgegengenommen.

Wien, am 12. December. 1871.

Das Präsidium der k. k. Akademie der bildenden Künste.

Kundmachung.

Bei der heute vorgenommenen Landtagswahl aus der Curie des Großgrundbesitzes wurden 66 Stimmen abgegeben und wurden mit absoluter Stimmenmehrheit folgende Herren als Landtagsabgeordnete gewählt:

1. Baron Pfaltrern Otto mit 48 Stimmen,
2. Karl Deschmann mit 48 Stimmen,
3. Graf Thurn Hianzinth mit 48 Stimmen,
4. Graf Auerberg Alexander mit 46 Stimmen,
5. Graf Blagay Ludwig mit 46 Stimmen,
6. von Langer Franz Victor mit 46 Stimmen,
7. Graf Margheri Albin mit 46 Stimmen,
8. Baron Rastern Nikolod mit 46 Stimmen,
9. Radesch Franz mit 46 Stimmen,
10. Dr. Ritter v. Savinscheg Joseph mit 46 Stimmen.

Dies wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Laibach, am 15. December 1871.

Der Präses der Wahlcommission für den Großgrundbesitz:
Anton Freiherr von Codelli m. p.

Ueber die Action des Ministeriums

treten in den Journalen verschiedene Combinationen auf. Wir theilen heute jene der „Tagespresse“ mit. Dieselbe lautet:

„In einer Beziehung hat das Ministerium Auerberg eine gewisse Aehnlichkeit mit seinem Vorgänger, es gibt sehr wenig Stoff für politische Kannegießer und Liebhaber von Sensationsnachrichten. Da wir nun nicht annehmen wollen, daß die neuen Minister einfach die Hände in den Schoß legen und fatalistisch ruhig die kommenden Ereignisse abwarten, so kann die tiefe Stille über die Action der Regierung nur darin ihren Grund haben, daß dieselbe durch frühere unangenehme Erfahrungen klug genug geworden ist, nicht vorzeitig jede halb-reife Idee oder jeden beabsichtigten Schritt an die große Glocke zu hängen und dadurch auch das Beste im vor-hinein zu ruiniren. Auch Graf Hohenwart war schweigsam und verschlossen und hatte hiemit nahezu den Sieg errungen, der ihm auch zweifellos geworden wäre, wenn die Fundamentalartikel nicht gar zu Ungeheuerliches dem Reiche zugemuthet hätten. Wenn wir zwischen der Aera Hohenwart und jener des Fürsten Auerberg einen Vergleich ziehen, so haben wir nur den äußeren Erfolg der Hohenwart'schen Schweigsamkeit im Auge, keineswegs aber die föderalistischen Tendenzen derselben. Wir meinen nur, der Erfolg, den die Verfassungsfeinde aus der sorgfältigen und geheimen Vorbereitung ihrer Pläne zogen, sei auch für die Verfassungsfreunde zu erringen, und aus diesem Grunde billigen wir es vollkommen, wenn das Ministerium seine Absichten nicht vor schnell verräth, können doch dieselben nur der Sicherung der Verfassung, der Ordnung im Reiche gelten, und da wollen wir lieber in Geduld warten, als durch ungestümes Drängen den Erfolg gefährden.“

Was bisher über diese Absichten des Ministeriums verlautete, reducirt sich auf das Gerücht, daselbe werde eine Novelle zum Gesetze über die Vornahme der directen Reichsrathswahlen erlassen und die endliche Einsetzung des Verwaltungsgeschichtshofes durchzuführen. Ob diese Aufgaben noch vor oder nach der Budgetverhandlung zur Lösung gelangen, ist nicht bestimmt, ihre Dringlichkeit ist aber so einleuchtend, daß wir von keiner sagen können, ihre Erledigung dürfe aufgeschoben werden. Gegenstand öffentlicher Discussion wurde namentlich die Novelle zum Nothwahlgesetze. Darüber ist alle Welt einig, daß die bisherige Methode der Föderalisten, mit der Verfassung ein freches Spiel zu treiben, nicht länger geduldet werden kann, und daß Etwas geschehen muß, um das Parlament vor den bekannten Neigungen zur Desertion sicher zu stellen. Seit Jahren sieht man dem unerhörten Vorgehen der nationalen Declaranten ruhig zu, die aus der Verfassung eine Komödie machen. Man versagt zwar der Verfassung die Anerkennung, bestreitet ihre Rechtsgiltigkeit und expectorirt sich gegen den legalen Reichsrath in ungeziemender Weise, benützt aber andererseits alle von der Verfassung gegebenen Rechte in ausgedehntestem Maße und wählt sogar für den Reichsrath, in welchen man aber nicht hinein geht. Man macht eben feine Unterschiede: die Freiheiten nimmt man in all ihren Konsequenzen willig an, ohne sich daran zu stoßen, daß die Quelle derselben nur die verhaßte Decemberverfassung ist, und es ist noch kein Fall vorgekommen, daß ein national-czechischer Journalist gegen das freisprechende Votum des Schwurgerichtes Protest eingelegt hätte, weil dieses Institut nicht im czechischen Staatsrechte wurzle oder daß czechische Vereine sich aufgelöst hätten, da ihr Staatsrecht dieselben nicht gestatte, nein, dies Alles bedrückt die merkwürdig konstruirten Gewissen der Nationalen nicht im geringsten. Alles, was ihnen paßt, nehmen sie gierig an, ohne lange nach dem Geber zu fragen, und so weit ihren Vortheilen damit gedient ist, geben sie der Verfassung, wenn auch nur stillschweigend, ihre Zustimmung.

Da sollte man denn meinen, daß sie auch in anderen Stücken einen gleichen Vorgang befolgen und ihre Opposition gegen die Verfassung auf das jedem Staatsbürger zustehende Recht beschränken würden, auf gesetzmäßigem Wege nach Abänderung jener Bestimmungen zu streben, die ihnen nicht gefallen. Der Ort hiezu sind die verfassungsmäßigen Vertretungskörper, die Landtage und der Reichsrath. Doch bei diesem Punkte erwacht ihnen das Bedenken, daß diese Verfassung und alle auf ihr beruhenden Institutionen eigentlich illegal sind, und nun tritt das böhmische Staatsrecht und die Opposition auf den Schauplatz. In Folge dessen wählen sie wohl in die Vertretungskörper, aber sie weigern den

Eintritt, außer sie haben die gesicherte Majorität. Bis heute fand man kein Mittel, um diesem Gauckelspiel ein Ende zu machen, und wie es scheint, dürfte auch die Regierung noch nicht auf das eigentlich richtige verfallen sein. Man will, so heißt es, in einem eigenen Reichsgesetze feststellen, daß, wenn der mit Majorität Gewählte sein Mandat nicht ausübe, ohne weitere Wahl Derjenige an seine Stelle einberufen werde, der die nächst meisten Stimmen erhalten habe; nach einer anderen Version gedenkt man, durch ein Gesetz die directen Nothwahlen auch dann in Anwendung bringen zu lassen, wenn eine Gruppe des Landtages oder nur ein Theil einer solchen im Reichsrathe nicht erscheint. Mit letzterem Gesetze aber würde der ohnehin schon mehr als complicirte Apparat nur noch verwickelter, über ersteres wollen wir nicht viele Worte verlieren: mit einem solchen Gesetze würden ja die Fundamentalprincipien des Constitutionalismus geradezu auf den Kopf gestellt.

Wir meinen, es gäbe ein weit einfacheres Mittel, um den perfiden Scheinwahlen vorzubeugen, um diese Art von Mandatern unmöglich zu machen. Man benötigt dazu vielleicht gar kein Reichsgesetz, sondern nur die Benützung der gegebenen Mittel und die Anwendung der Gesetze der Logik. Wir haben zwar den Gedanken schon wiederholt angeregt, er wurde auch unseres Wissens unter dem Bürgerministerium von dem damaligen Minister des Innern dem böhmischen Landtage nahegelegt, scheiterte aber an der unbegreiflichen Opposition der leitenden Persönlichkeiten. Wir verlangen von jedem Candidaten nichts Anderes als die Erklärung, „die Verfassung anzuerkennen“ und das zu übernehmende Mandat „im Sinne derselben“ auch wirklich auszuüben. Ist es vielleicht illiberal oder ungerecht, von Demjenigen, der sich auf Grund der Verfassung um ein Mandat in eine parlamentarische Körperschaft bewirbt, zuvor die Erklärung zu verlangen, daß er von diesem Mandate Gebrauch machen werde? Wir glauben kaum, daß solch' ein Vorwurf gegen dieses Ansinnen erhoben werden kann. Wir überlassen es dem Gutdünken jedes Einzelnen, von der Verfassung zu halten, was er will, so lange diese freie Meinung nicht in Conflict geräth mit dem allgemeinen Besten der Gesellschaft.

Wenn das Individuum den Gesetzen des Staates thatsächlich seine Anerkennung versagt, so hat der Staat ein Recht, diese zu erzwingen, denn so weit kann auch die Toleranz des vorgeschrittensten Liberalismus nicht gehen, daß es Jedem erlaubt sei, nur einen Theil eines Gesetzes anzunehmen, den anderen aber abzulehnen. Nun aber wäre es sehr zeitraubend und ohne ersichtlichen Zweck, jeden Bewohner des Reiches um seine Haltung zur Verfassung zu befragen, wohl aber kann und muß dies dort geschehen, wo der Einzelne in das Allgemeine eingreifen will, wo er die Schwelle des Privatlebens verläßt, um an den staatlichen Aufgaben theilzunehmen. Dann wäre es wohl selbstverständlich, daß die Theilnahme nur auf dem Boden des Gesetzes geschehen könne, denn sonst müßte man ja dem Staate zumuthen, er conspirire gegen sich selbst. Diese natürliche Voraussetzung aber hat sich in Oesterreich nicht erfüllt, eine Partei hat sich außerhalb der Verfassung gestellt, will aber dennoch an den Wahlen sich betheiligen, und zwar einzig nur zu dem Zwecke, damit nicht reichs- und verfassungstreue Männer gewählt werden sollen, das heißt also einzig nur deshalb, um das Gesetz nicht zur Geltung und Durchführung gelangen zu lassen. Ein solches Manöver ist ebenso unmoralisch wie unstatthaft, und dem kann man nur dadurch vorbeugen, daß man sich vorerst der Gesinnung des Candidaten vergewissert. Will er sich nur wählen lassen, um sein Mandat nicht auszuüben, so verliert er folgerichtig hiemit allein schon die Wahlfähigkeit. Unser Vorschlag hat mit dem politischen Eide somit nichts gemein, obwohl auch dieser an sich nicht verwerflich ist; wir verlangen nur die Erklärung jedes Candidaten, das freiwillig erstrebte Mandat auch ausüben zu wollen, selbst auf die Gefahr hin, daß daselbe gegen uns ausgeübt werde.“

Nach den Wahlen.

Raum hat der electrische Draht die Resultate der Landtagswahlen in den Landgemeinden gemeldet, so bereiten sich auch schon die öffentlichen Blätter, die Resultate einer Kritik zu unterziehen. Die „Tages-Presse“ äußert sich, wie folgt:

Wie zu erwarten war, haben auch die Landgemeinden von Krain ohne Ausnahme gegen die Verfassungspartei gewählt. Der officiell angewendete

Ausdruck, „die conservativen Candidaten“ seien gewählt worden, ist entschieden unrichtig, die Clericalen und Föderalisten haben doch nicht den geringsten Anspruch darauf, conservativ genannt zu werden, gehen sie doch auf einen radicalen Umschwung aller bestehenden Verhältnisse aus. Man würde jedoch weit fehl gehen, wenn man aus den Gewählten auf die Ueberzeugungen der Wähler schließen wollte. Obgleich national verschieden, sind die maßgebenden Factoren in Krain genau dieselben wie in Oberösterreich, die Clericalen sind es hier wie dort, die für das Volk sprechen und ihre Meinung als Meinung der Bevölkerung der Welt aufdringen. Wie es da mit der Wahrheit aussieht, das bedarf wohl nicht weiterer Auseinandersetzung, wo der Grundsatz maßgebend ist: der Zweck heiligt die Mittel. Dort gibt es für die Wahrheit keinen Raum. Aerger noch, weil seit längerer Zeit, lastet der clericale Terrorismus auf der slavischen Bevölkerung wie auf der deutschen, und weit größere Mühe wird es kosten, diese von dem unheilvollen Einflusse des Clerus zu befreien als jene. An und für sich ist der Slave einem religiösen Mysticismus zugeneigt, von dem der kühler denkende deutsche Stamm frei ist; tiefere Wurzeln hat der Aberglaube bei den Slaven geschlagen, als man allgemein annimmt, und fester sitzt er noch in ihren Köpfen, als man solches im neunzehnten Jahrhundert für möglich halten würde, und aus diesem Aberglauben windet der Clerus das Seil, an dem er den slavischen Bauer festhält. Die Strahlen der Bildung haben sich dem Geiste der Finsterniß gegenüber eben so machtlos erwiesen, wie die December-Sonne etwa eine starre Eisddecke zum Schmelzen bringen kann, und das Minimum von Bildung und Aufklärung, das die geistlichen Zollschränken als Contrebände passirte, fand nirgends Hilfe oder Unterstützung und verkümmerte elend, trotzdem gerade der Slave äußerst bildungsfähig ist, wenn er nur dem verdummenden Einflusse des Clerus sich zu entziehen weiß.

Trotz all dem aber würde man irren, wenn man die Slovenen Krains für Feinde der Deutschen oder für Anhänger der Wenzelkrone hielte. Bis vor wenigen Jahren lebten hier wie in Südsteiermark Deutsche und Slovenen einträchtig neben einander, und der Slovenc begnügte sich mit der Anwendung seines Idioms im Familienkreise; in der Schule oder im Amte wollte er aber Deutsch lernen und sprechen in der Ueberzeugung, daß er nur durch die Kenntniß der deutschen Sprache in der Welt vorwärts kommen könne. Die allgemeine Ansicht sprach sich dahin aus, die Kinder müssen Deutsch lernen, denn ohne daselbe könnten die Jungen, wenn sie zum Dienste in der Armee einberufen werden, es nicht einmal zur Corporalswürde bringen. Erst durch den Clerus kam der Hader in das Land, der niedere Clerus mußte freiwillig oder gezwungen sich dem Befehle der Oberen fügen und das Landoock mit List und Drohungen zu Deutschfeinden umwandeln. Wo wir also in Oesterreich Hader und Zwietracht finden, da hat überall der Clerus die Hand im Spiele, im Norden und im Süden der Monarchie hat er den Brand entzündet, der heute bei uns wüthet und der nicht früher zu löschen ist, bevor man nicht den Brandstiftern energisch das Handwerk legt. Wie alle Reden Cato's zu seinem berühmten „ceterum censeo, Carthaginem esse delendam“ führten, so kommen wir als Endpunkt jeglicher Betrachtung zu dem Refrain, der Clerus in Oesterreich ist der Erbfeind des Staates wie der Freiheit, es muß gebeugt oder gebrochen werden.“

Die vorstehende Kritik ist eine scharfe. Gründen sich die Anschuldigungen auf Thatsache, dann müssen wir unser inniges Bedauern lebhaft ausdrücken; gehören sie zu den allgemeinen Verdächtigungen, dann werden unseres Erachtens die clericalen Organe — zur Aufrechthaltung des dem Clerus so nothwendigen Ansehens — diesen schweren Anschuldigungen mit klaffischen Beweisführung ohne Verzug entgegenzutreten haben.

Die materielle Lage der Staatsbeamten.

Dem Vernehmen nach sollen die Gehalte der minder dotirten Staatsbeamten erhöht und die diesfälligen Anträge dem nächstens zusammentretenden Reichsrathe vorgelegt werden.

Die „N. Fr. Pr.“ bricht für diese Anträge jetzt schon eine Lanze, indem sie sich vernehmen läßt, wie folgt: „Es ist ernstlich an der Zeit, daß der Staat und die Regierung sich nach Kräften eines Proletariats annehmen, das nicht betteln, nicht tagelöhnern, nicht einmal demonstrieren darf. Wir reden von der Lage des Beamtenstandes in Oesterreich.“

Die Mißstände sind so augenfällig, sie bilden eine solche Anomalie in unseren heutigen socialen Verhältnissen, daß sie weitläufiger Ausführung kaum bedürfen. Hat die absolute, hat auch die bureaucratistische frühere Oberherrschast verabsäumt, hierin helfend, bessernd einzutreten, so steht es einer freisinnigen, constitutionellen Regierung um so besser an, Hand ans Werk zu legen. Das jetzige Verhältniß ist auf die Dauer unhaltbar. Alle Lebensbedürfnisse sind im Verlaufe der Zeit um 25, um 50, ja bis um 100 Percent im Preise gestiegen, naturgemäß haben auch die Löhne der Arbeiter aller Kategorien, die Gehalte der Gehilfen, der Angestellten und Bediensteten in den Handels-, Gewerbs- und Industriezweigen die früheren Scalen weitaus überschritten.

Nur der Diener des Staates muß noch mit der Entlohnung, die vor langen, langen Jahren normirt wurde, sein Leben fristen. Auch an ihn werden, mit Recht, unendlich größere Ansprüche gemacht als in früheren Zeiten. Der Verfassungsstaat, der Bildung und Wissen in allen Volksschichten zu verbreiten die Aufgabe hat, muß sie vor Allem von denen heischen, die ihm ihre Dienste widmen. Ist der Nimbus, der vordem den Charakter eines k. k. Beamten umgab, zum größten Theil geschwunden, so darf doch der öffentliche Diener nicht auch dadurch noch in seiner socialen Stellung herabgedrückt werden, daß der freihätige Mann der übrigen bürgerlichen Berufe die überwiegende Zahl der Staatsbeamten am Hungertuche nagen sieht, wenn dieselben nur unter innerem Zwang und mit häuslichen Nöthen den strictesten Anforderungen zu entsprechen vermögen, welche ihre Stellung nun einmal unabweislich macht. Gar nicht von der Verführung zu sprechen, in welche dieses Mißverhältniß den Beamten führt, discredit es den Staatsdienst überhaupt.

Mehr noch als die Rücksicht auf die Staatsdiener verlangt die Rücksicht auf den Staatsdienst selbst eine genügende Aufbesserung unseres Befoldungs-Normales. Ein Aspirant kann im Manipulationsdienste in der Regel kaum vor dem 24., im Conceptsfache nicht vor dem 27. oder 28. Lebensjahre die erste kängliche Befoldung erhoffen. Im Gewerbe- und im Kaufmannsstande, selbst als Bauernknecht, kann ein halbwegs tüchtiger Jüngling schon zu 16, 18 Jahren sich sein Brot verdienen, sein Auskommen finden. Der Advocat, der Arzt, der Techniker hat alle Aussicht, die Studienkosten in der Ausübung seines Berufes bald einzubringen; der Beamte unter den jetzigen Verhältnissen nur höchst ausnahmeweise, wenn ganz besondere Glücksfälle ihm lächeln.

Ist in den unteren und mittleren Kategorien unseres Beamtenstandes selbstverständlich fast immer „Schmalhanns Küchenmeister“, so steht der höhere Staatsdiener nicht minder im entschiedenen Nachtheil gegen den Industriellen, gegen die Disponenten der zahlreichen Banken, Bankhäuser, Eisenbahnen und sonstiger größerer Unternehmungen. Die große Kaiserin, welche die Grundlagen der österreichischen Dienstpragmatik, wie sie im Wesentlichen heute noch besteht, vorzeichnete, Maria Theresia, reisirte damals: „Meine Hofräthe sollen viertausend Gulden bekommen, damit sie in Wien ein Haus ausmachen und Equipage halten können.“ Jetzt reicht die ganze Hofrathsbesoldung nicht hin, um in Wien nur die Miethe für eine Familie zu decken, welche „ein Haus ausmachen“ will, und in Prag, Triest u. s. w. nach Verhältniß. Unsere Zeit geht, vor Allem volkswirtschaftlich, mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts. Was war vor zwanzig Jahren noch ein Ministerialrath für eine vornehme Respectsperson, und was ist er jetzt — von Bankiers, Eisenbahndirectoren, Großindustriellen u. s. w. gar nicht zu sprechen — auch nur im Vergleich mit einem Betriebsdirector, einem Großhandlungs-Procureur, einem Bauunternehmer? In noch anormaleren Verhältnissen sinkt die Proportion, fällt der Vergleich der Lage und Stellung des mittleren und unteren Beamten mit denen der — social etwa auf gleicher Stufe rubricirten — Männer freier Berufsarten aus. Sie gehören fast in der Mehrzahl in die Kategorie der verschämten Armen, wenn sie Familienväter sind. Während unter dem Regime der Gewerbefreiheit jeder Gewerbsmann seiner Nothlage bei allen sich darbietenden Gelegenheiten durch ein anderes Geschäft ein Ziel setzen kann, ist der Staatsdiener, nach Vorschrift oder Herkommen, daran verhindert mit dem leidigen Worte: „Es paßt sich nicht.“

Es ist nicht unsere Aufgabe, ein Bild der Leiden zu entwerfen, unter denen Tausende von Beamtenfamilien seufzen. Wir appelliren nicht an das Mitgefühl, nicht an die Philantropie, sondern an die Einsicht der politisch Gebildeten. Geht es so fort, so kann es nicht fehlen, daß in Zukunft Männer, welche einigen Geist, einige Thatkraft in sich fühlen und eine gewisse Summe von Kenntnissen sich erworben haben, einem Berufe fernbleiben, in welchem sie Entbehrung und Mangel erwartet, und den Erwerb zuwenden, die mindestens Hoffnung und Aussicht bieten, ein genügendes, nicht selten auch ein reiches Auskommen zu erlangen. Dadurch müßte der Staatsdienst in jeder Beziehung, intellectuell wie moralisch, herunterkommen und nicht nur die jeweilige Regierung, sondern der Staat und die Gesellschaft die Folgen tragen. Das erkennend, hat eben erst die preussische Legislative eine alle Kategorien des Staatsdienstes umfassende wesentliche Verbesserung der Beamtengehälter beschloffen, wie vor einigen Jahren schon die württemberg'schen Kammern und andere Vertretungen gethan.

Man hat bisher den gerechten Klagen und Wünschen der öffentlichen Beamten den üblen Stand der Finanzlage entgegenstellt. Leidet aber der Dienst des Staates, so müssen auch, mittelbar und unmittelbar, seine Finanzen darunter leiden. Wenn früher eine Magd fünf bis sechs Gulden Monatslohn erhielt, jetzt aber acht, zehn bis zwölf Gulden, kann ein Familienvater — wenig er auch nur mühsam sich und die Seinigen ernährt — seiner redlichen Dienerin die Aufbesserung verweigern? Denen aber, welche eine allzu große Belastung des Staates durch die gebotene Aufbesserung der Beamten-Befoldungen befürchten, müssen wir (zu unse-

rem Bedauern) entgegenen: Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Das hiesige Hauptorgan der Verfassungsfeinde hat in den letzten Tagen unserem Beamtenstande ein glänzendes Testimonium morum ausgestellt, indem es klagte: „Bei uns ist ein großer Theil der höhern Beamten entschieden liberal und centralistisch gesinnt; diese Herren sind eifrig und dienstbeflissen unter Schmerling, Hafner und Auersperg, widerwillig und unzuverlässig unter Belcredi und Hohenwart.“ Da das „Vaterland“ gelobt, bis zum erhofften „neuen föderalistischen Ministerium“ freiwilligen Spiegeldienst gegenüber den Beamten in allen Landestheilen zu verrichten und zum Gebrauch seiner Patrone, wenn sie wieder zur Gewalt gelangen, „rechtzeitig seine Conduite-Listen anzulegen,“ so wollen wir ihm zu diesem noblen Handwerke einige von ihm unbeachtete Stützpunkte geben, zugleich aber für das constitutionelle Ministerium eine Lehre ableiten. Das „Vaterland“ denuncirt zu wenig. Nicht nur ein großer Theil der höheren Beamten, sondern auch die überwiegendste Zahl der mittleren und unteren Staatsdiener ist im Herzen „liberal und centralistisch.“ Liberal sind sie zunächst als gewissenhafte Leute, weil sie auf die Verfassung einen Eid abgelegt, eine Kleinigkeit, welche die frommen Anhänger der Hohenwart und Thun freilich wenig genirt. Sie sind liberal, weil — um die Worte einer berühmten englischen Schriftstellerin (Lady Morgan) zu gebrauchen — das, was man Liberalismus nennt, lediglich das Talent ist, klar zu erschauen und scharfsichtig zu erkennen Alles, was den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft betrifft, ihre Bedürfnisse und die Mittel, ihnen zu entsprechen. Und daraus folgt, daß alle begabten Menschen früher oder später Liberale sein müssen; denn in den Nerven, in dem Blute jedes Tüchtigen liegt etwas, das ihn zwingt, mit seinem Jahrhundert vor zu schreiten.“ Sie sind aber auch centralistisch in dem Sinne, daß sie die Macht des Gesamtvaterlandes und seines Oberhauptes nicht zerstückt, nicht zerbröckelt, nicht in einzelne Bezen zerissen sehen wollen. Sie dienen dem Kaiser von Oesterreich, nicht dem Könige von Böhmen, noch dem Erzherzoge ob und unter der Enns, noch dem gefürsteten Grafen von Tirol. Dieser Vergehen ist glücklicherweise nicht nur die Mehrzahl der höheren Beamten, sondern die absolute Majorität in unserem gesammten Beamtenstande schuldig. Eben deshalb, weil die lauernde Reaction kein Hehl daraus macht, daß sie nur auf die Gelegenheit wartet, den österreichischen Beamtenstand nach ihrem Sinne zu „purificiren,“ sein österreichisches Bewußtsein durch föderalistische und clericale Einbringlinge zu zerlegen, seine Verfassungstreue durch „Fundamental“-Vorurtheile: deshalb, sagen wir, ist es Gewissenspflicht für ein constitutionelles Ministerium, durch baldige Entwerfung eines Gesetzesvorschlages Sorge zu tragen, daß auch unseren Staatsdienern, gleich denen in deutschen Verfassungsstaaten, Bürgschaften gegen willkürliche Abhebung oder Pensionirung gegeben werden. Laßt die Verfassungsgesetze die Existenz der redlichen Beamten sichern, und ihr Widerstand gegen die Reaction wird um so nachhaltiger und allgemeiner sein.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 15. December.

„P. L.“ meldet: Immer nachdrücklicher tritt die Hsollirtheit der czechischen Präntionen hervor, und wie ein unbedingt verlässlicher Gewährsmann versichert, hat sich in den jüngsten Tagen in Prag ein Fiasko der sogenannten Staatsrechtspartei vollzogen, das sehr hoch in Nachschlag zu bringen ist. Denn auf nichts Geringeres zielten die czechischen Pläne, als die föderalistische Partei dem Gedanken der Reichsrathsbescheidung abwendig zu machen, Pläne, die völlig gescheitert sind. Aus Tirol, Oberösterreich, Krain sogar sind bereits Erklärungen dort eingetroffen, die hieran keinen Zweifel lassen, und aus Polen hat Probst Stule, der in politischer Sendung Galizien bereiste, nicht tröstlichere Aussichten hierhergebracht.

In der am 11. d. zu Pest abgehaltenen Sitzung des Unterhauses hat Hefly den Beschlusantrag eingebracht: das Haus wolle die Regierung anweisen, über die Errichtung einer orientalischen Akademie in Pest-Ofen einen Gesetzentwurf einzureichen. Sodann wurde die Debatte über das Finanzbudget des Finanzministeriums fortgesetzt und die directen Steuern votirt. Das Tabakgefälle betreffend, brachte Abgeordneter Moriz einen Beschlusantrag ein, das Haus wolle eine Commission entsenden, um die Modalitäten der Aufhebung dieses Monopols zu berathen. Kerkapolyi erklärte die Aufhebung für unmöglich; eine Reform wünsche auch er, und wird er diesbezüglich einen Gesetzentwurf einreichen. Das Tabakgefälle und das Salzgefälle wurden hierauf votirt.

Der deutsche Kaiser hütet in Folge einer Erkrankung das Zimmer, erledigt jedoch die Regierungsarbeiten nach wie vor. Der Justizminister Leonhardt ist an einem typhösen Fieber erkrankt. — Die polnische Agitation für die Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache wurde in Westpreußen zu Volksversammlungen behufs Anregung des Deutschenhasses ausgebeutet. Von den Behörden wird gegen die Wähler energisch eingeschritten werden.

Der deutsche Gesandtschaftsposten beim Papste, welchen nominell noch immer der nach Paris versetzte Graf Harry v. Arnim bekleidet, soll nicht wieder besetzt werden.

Bezüglich der Botschaft Thiers' schreibt die „Provinzialcorrespondenz“: „Die wiederholte rückhaltlose Erklärung, daß Frankreich von dem feierlich gegebenen Worte nicht abweichen wolle, dürfe als eine neue Bürgschaft für den ernstesten und aufrichtigsten Willen der Regierung aufgenommen werden, ihrerseits den Gedanken des Friedens zu entscheidender Geltung zu bringen. Gegenüber den Stimmungen eines großen Theiles der Bevölkerung, wie sie sich neuerdings befunden, ist es der Regierung als ein Beweis moralischen Muthes anzurechnen, daß sie sich nicht scheute, die Rachegefühle im Volke und die Verirrungen der französischen Rechtsprechung offen zu rügen.“

Aus Paris meldet man von einer neuen Unterredung des Herrn Thiers und der beiden Orleans'schen Prinzen, dem Herzog von Aumale und dem Prinzen von Joinville. Der Präsident empfing die Prinzen wieder mit großer Auszeichnung und das Gespräch währte eine ganze Stunde, ohne jedoch zu einer Verständigung geführt zu haben. Wegen ihrem Eintritt in die Nationalversammlung hielt Thiers den Prinzen vor, daß dieser Act unter den gegenwärtigen Umständen nur neue Aufregung nach sich ziehen würde; er appellirt an ihren Patriotismus und ihre Selbstverleugnung. Die Prinzen erwiderten, daß sie sich mit ihren Freunden berathen wollten, und verließen in tiefer Verstimmung die Präfectur.

Der Antrag Herve de Saisy's, die nicht historischen werthvollen Krondiamanten zum Besten ruinirter französischer Städte zu veräußern, wurde von beiden Seiten der Nationalversammlung demonstrativ zu Ausrufungen wie: „Vive la monarchie!“ „Vive la république!“ ausgebeutet. Nach einer stürmischen Scene, wobei es der Linken gelang, ein Scrutinium statt der gewöhnlichen Abstimmungsart durchzusetzen und so einige Enthaltungen heimlicher Monarchisten von der Abstimmung herbeizuführen, wurde, was als ein Sieg der Republikaner betrachtet wird, der Antrag mit 289 Stimmen gegen 277 einer Prüfungscommission übergeben. — Das „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Decret, durch welches die Wähler in 14 Departements auf den 7ten Jänner 1872 zur Vornahme von 17 Ergänzungswahlen für die Nationalversammlung einberufen werden.

Weltausstellung 1873.

Eine Meldung der „Oesterreichischen Correspondenz Schweizer“, daß die Union-Baubank eine Offerte wegen Lieferung des Holzmaterials für das Ausstellungsgelände bei der Generaldirection der Ausstellung eingereicht habe, ist so aufgefaßt worden, als sei die Vergabung dieser Lieferung an die erwähnte Baugesellschaft gesichert. Eine solche Auffassung stünde mit dem Wesen einer allgemeinen Offertauschreibung, die eben eine allgemeine Concurrenz bezweckt, im Widerspruch. Die „W. A. C.“ hält es daher nicht für überflüssig zu bemerken, daß es durchaus ungerechtfertigt ist, den Erfolg irgendeiner Bewerbung von vorn herein als unzweifelhaft darzustellen.

Ueber die Betheiligung des Auslandes an der Weltausstellung und die bezüglichen umfassenden Vorbereitungen, die in den verschiedenen Staaten getroffen werden, liegt uns heute wieder eine Reihe von Berichten neuesten Datums vor. Wie in dem Großherzogthume Baden, wo die unter der Leitung der Herren Ministerialräthe v. Turban und G. v. Stöffer stehende Ausstellungskommission die ersprießlichste Thätigkeit entwickelt, werden auch von der großherzoglich hessischen Regierung die Einleitungen für die Betheiligung des Großherzogthums an der Ausstellung getroffen. In Holland ist die Zusammensetzung der Commission von Seite der Regierung in der Weise angeordnet worden, daß die hervorragendsten industriellen Körperschaften des Landes angewiesen werden, die Commissionsmitglieder aus ihrer Mitte zu wählen, welchen ein officieller Charakter gegeben werden soll. Für Norwegen, wo einem Berichte des k. und k. Consuls Herrn Petersen in Christiania zufolge, sich lebhaftes Interesse für die Ausstellung kundgibt, wird die Leitung der Vorarbeiten für die Weltausstellung wahrscheinlich in die Hände derselben Commissionsmitglieder gelegt werden, welche für die im nächsten Sommer in Kopenhagen stattfindende Exposition ernannt wurden.

Von Seite der h. Pforte ist in Ausführung des kaiserlichen Trads's, mit welchem der Sultan die Betheiligung des türkischen Reiches an der Weltausstellung anbefohlen hat, eine Commission unter der persönlichen Leitung des Handelsministers Edhem Pascha niedergesetzt worden, zu deren Mitgliedern die hervorragendsten Würdenträger und Beamten der verschiedenen Ministerien zählen. Zum „Commissaire impérial“ wurde speciell der „introduceur des Ambassadeurs“ an der hohen Pforte Hamdi Bey, Sohn Edhem Pascha's, ernannt, dem wegen seiner reichen Kenntnisse und hohen Bildung die Aufgabe zufallen wird, die Commission nach außen zu vertreten. Zum Vicepräsidenten der Commission wurde der Unterstaatssecretär im Handelsmini-

sterium Odian Effendi ernannt. Edhem Pascha, welcher auch die Betheiligung der Türkei an den Ausstellungen von London und Paris geleitet, hat die Commission eingeladen, sich allwöchentlich am Donnerstag unter seinem Vorsitze zu gemeinsamer Berathung zu versammeln.

Aus Washington ist die Meldung eingelangt, daß der Staatssecretär Herr Hamilton Fish die Absicht habe, dem Congresse demnächst eine Vorlage wegen Bewilligung der für die Betheiligung der Vereinigten Staaten an der Ausstellung erforderlichen Summe zu machen, nach deren Bewilligung die Zusammensetzung der amerikanischen Commission für die Weltausstellung sofort erfolgen soll.

Tagesneuigkeiten.

— Am 13. d., Nachmittags 3 Uhr, wurde die Leiche der Prinzessin Theresie von Oldenburg nach dem Prager Staatsbahnhofe gebracht, um mittelst Extrazuges nach Petersburg befördert zu werden. Als Vertreter Sr. Majestät des Kaisers fungirte der zweite Generaladjutant Generalmajor Graf Pejacevich. Die ganze dienstfreie Garnison rückte unter dem Commando des Herzogs von Württemberg in Parade aus und bildete vom Trauerhause bis zum Staatsbahnhofe Spalier.

— (Der Eisport) erfreut sich heuer in Folge des anhaltend kalten Wetters einer besonderen Theilnahme. Die Zahl der Mitglieder des Wiener Eislaufvereines beträgt bereits mehr als 1300 und täglich finden neue Anmeldungen statt. So lange die Temperatur es zuläßt, wird von nun an der Eisplatz dieses Vereines bis 8 Uhr Abends geöffnet sein.

— (Stroßmayer's Unterwerfung.) „Volksfreund“ meldet: Der Bischof von Diakovar, Mg. Stroßmayer, ist in Rom eingetroffen, um seine vollständige Unterwerfung unter die Beschlüsse des vaticanischen Concils vorzubereiten. Derselbe ist bereits von dem Papste in besonderer Audienz empfangen worden.

— (Frau Marie Pasche,) welche unter dem Namen Karl in den Jahren 1848/49 in der Honved-Armee als Husaren-Lieutenant an der Seite ihres Gatten, der Oberlieutenant war, mitkämpfte, hat, da sie gänzlich verarmt ist, beim Honved-Unterstützungsverein um Hilfe angefragt und wurde das Gesuch dem Diner Magistrat zugewiesen.

— (Landtagswahlen.) Die Handels- und Gewerbelammer in Pinz: Dr. Schaub, Dr. v. Kremer, Ph. Moser. — In den Landgemeinden Galiziens: In Kimpolung Bezirkshauptmann Kochanowski, in Suczawa Bezirkshauptmann Stockera, in Surahumora Schönbach, in Radauß Bezirkshauptmann Kenney, in Storosynec Flonier (feudal), in Kogmann Landespräsident Pino, in Wiczniß Bauer Klein, in Jastawa der Bauer Swarczutz, in Stanestie Grundbesitzer Anton Kowacz. (Eine verfassungstreue Majorität ist höchst wahrscheinlich.)

— (Ein Hercules in der Wiege.) In einem Dorfe bei Königshofen in Thüringen ist dieser Tage ein Knäblein mit ziemlich entwickeltem Badenbarte zur Welt gekommen.

— (Zur Bevölkerungs-Statistik.) Europa zählt heute in 18 selbstständigen Staaten eine Bevölkerung von 300,900.000 Seelen. Die großen europäischen Staaten, d. h. diejenigen, welche über 25 Millionen Einwohner haben, sind Rußland mit 71 Millionen, Deutschland mit 40 Millionen, Frankreich mit 36 1/2 Mill., Oesterreich-Ungarn mit 36 Millionen, Großbritannien mit 32 Millionen und Italien mit 26 1/2 Millionen; sie bilden mithin mit ihren zusammen 242 Millionen acht Zehntel der gesammteuropäischen Bevölkerung, während noch vor einem Jahrhundert, vor Beginn der polnischen Theilungen, auf die Großmächte etwa die Hälfte der damals 160 Millionen zählenden Seelen Europa's kam, nämlich auf Rußland 18 Mill., auf Oesterreich 17 Mill., auf Preußen 5 Mill., auf England 12 Mill., auf Frankreich 26 Mill., zusammen etwas über 80 Mill. Nach Confessionen gruppiert, zählt Europa 148 Mill. römische Katholiken, von denen auf Frankreich 35 1/2 Mill., auf Oesterreich 28 Mill., auf Italien 26 Mill., auf Spanien 16 Mill., auf Deutschland 14 1/2 Mill. entfallen, ferner 70 Mill. griechische Katholiken, davon Rußland 54 Mill., die Türkei 5 Mill., Rumänien 4 Mill. und Oesterreich 3 Mill.; 71 Mill. Protestanten, von denen Deutschland 25 Mill., England 24 Mill., Schweden und Norwegen 5 1/2 Mill., Rußland 4 Mill. und Oesterreich 3 1/2 Mill. zählt. Juden gibt es in Europa 4,800.000, von denen auf Rußland 1,700.000, auf Oesterreich 822.000, auf Ungarn 1,300.000 und auf Deutschland 500.000 kommen.

Locales.

— (Landtagswahlen.) Die hiesige Handelskammer wählte ihren Präsidenten Herrn B. C. Supan und Vicepräsidenten Herrn J. R. Horal.

— (Theaternachricht.) Für Dienstag den 19ten d. M. steht den Freunden der Operette ein genussreicher Abend in Aussicht. Herr Capellmeister Carl Pleininger wird die komische Operette „Leichte Cavallerie.“ Musik von Suppé, zur Aufführung bringen. Wir sind im voraus überzeugt, daß Herr Pleininger, nachdem der Reinertrag dieses Theaterabends zu seinem Vortheile bestimmt ist, auf

Studium und Production der fremdlichen Operette all' seinen Fleiß anwenden und uns einen vergnüglichen Abend bereiten wird. Von Seite des p. t. Publicums dürfte der Beneficiant in Berücksichtigung seiner bisherigen Mithewaltung eines zahlreichen Besuches gewiß sein. — Hören wir vielleicht an diesem Abende die in Wiener, Pesther und Salzburger Theaterkreisen bestbekannte und von der hiesigen Direction mittelst Contract engagirte Sängerin, Frau Wiltscher? — Deren Engagement wird doch nicht deshalb erfolgt sein, damit die „schöne Salthea“ in dieser kalten Jahreszeit einen Vergnügungszug von Salzburg nach Laibach unternehme?

— (Theaterbericht vom 15. d.) Der Schwant „Garibaldi“ von J. Rosen hat Handlung, spielt sich schnell ab, wurde aber auch von sämmtlichen Darstellern gut abgepielt. Herr Schlesiinger gab den Schulmeister Fischer excellent. — Die zum erstenmale aufgeführte komische Operette „Herr Zucker“ (?) ist ein gewöhnlicher Schwant ohne Schwung und Gehalt. Die Offenbach'sche Musik enthält einige gute effectvolle Chorstellen und freundliche Motive. Sämmtliche mitwirkende Kräfte waren bemüht, aus — Nichts — etwas Weniges zu schaffen. Wollen wir uns derlei Operetten für den Fasching aussparen! Das Haus war schwach besucht und — schwach geheizt.

— (Todesfall.) Am 10. d. M. ist der hochw. Herr Michael Rozman, Localist in Rabensberg, Senior der trainischen Geistlichkeit, gestorben.

— (Als passende Weihnachts- und Neujahrgeschenke) empfehlen wir neuerdings die in der Beilage zur heutigen „Laibacher Zeitung“ verzeichneten und durch die Buchhandlung J. v. Kleinmayr & F. Bamberg in Laibach zu beziehenden Druckwerke aus allen Fächern der Literatur. Das Lösungswort der Neuzeit lautet: „Wissen ist Macht!“ — Wir erachten es für unsere Pflicht, auf die annoncirtten Waffnen des Geistes unsere geehrten Leser aufmerksam zu machen.

— (Für die Damenwelt.) Gewiß haben schon viele Abonnentinnen der Modenwelt die 6. Nr. dieses Jahrganges sehnsüchtig erwartet, um nach ihren Vorlagen bis zum heiligen Abend noch einige rasch auszuführende Geschenke zu arbeiten, und wie überrascht werden sie durch die reiche Auswahl derselben sein, aus der wir besonders den zierlichen Lampenschleier, den geschmackvollen Teppich, die hübsche Fußbank, Zeitungsmappe, Haubenschachtel, Rollenrolle, das Arbeitstäschchen und die niedlichen Verzierungen für den Weihnachtsbaum hervorheben! Außer den mannigfaltigen Gesellschaftsvoiletten, zu denen Kragen, Haar-, Straußenschleifen, Fichü und andere hübsche Einzelheiten vorliegen, bringt die letzte Seite ein vortrefflich ausgeführtes Bildchen mit reizenden Pelzanzügen für Kinder. — Abonnements werden jederzeit angenommen bei allen Buchhandlungen und Postämtern. — Preis für das ganze Vierteljahr 67 kr. ö. W., mit Franco-Postversendung 90 kr. ö. W. Ausgabe mit vierteljährlich neun colorirten Modenkupfern pro Quartal 1 fl. 60 kr. ö. W., mit Franco-Postversendung 1 fl. 90 kr. ö. W.

— (Dr. Willibald Müller's „Volksadvocat,“) erste Auflage, war wegen seines praktischen Nutzens bald vergriffen. Der schnelle Absatz gibt der Buchhandlung Karl Prochaska in Teschen Anlaß, sogleich eine zweite, gänzlich umgearbeitete, den derzeitigen Bedürfnissen und Rechtsverhältnissen entsprechende Auflage von bereits 20.000 Exemplaren erscheinen zu lassen. Dieses Werk wird aus zwei Bänden (1. Das Rechtsbuch, 2. Das Geschäftsbuch) bestehen und in 22 Lieferungen à 30 kr. ö. W. erscheinen (6 Hefte sind bereits erschienen). Die Kritik bezeichnet dieses für jeden Geschäftsmann nothwendige Hilfsbuch als einen praktischen Rathgeber in bürgerlichen Rechtsachen, als ein Auskunftsmitglied in Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Dampfschiffahrtsangelegenheiten. Wir richten mit diesen wenigen Zeilen das Augenmerk unserer geehrten Leser auf dieses praktische Handbuch mit dem Beisatz, wegen Bestellung sich an die nächste Buchhandlung wenden zu wollen.

— (Neues Journal.) Am 17. December wird in Wien die erste Nummer der „Deutschen Zeitung“ erscheinen und nach Allen, was von der Geschichte dieses originellen Unternehmens in die Oeffentlichkeit gedrungen, dürfte wohl diese erste Nummer als ein Ereigniß besprochen werden. Die „Deutsche Zeitung“ ist nämlich durch Beiträge von Parteimitgliedern gegründet, die heute schon die respectable Summe von 330.000 fl. erreichen. Die Gründer haben auch Vorkehrung getroffen, daß das Blatt in ihrem Geiste geführt werde. Ein politischer Beirath, in welchem Graf Auersperg, Dr. Rechbauer, Dr. Schmetkal, Dr. Kopp, Dr. Hoffer u. s. w. sitzen, überwacht die politische Haltung, ein Administrationsrath hat die Sorge für die materiellen Bedürfnisse übernommen. In unglaublich kurzer Zeit wurde eine eigene große Druckerei eingerichtet, Maschinen aus Paris und Mailand herbeigeschafft und eine Schaar tüchtiger Mitarbeiter, zum großen Theil aus dem Personal der alten und Neuen Presse (Spitzer, Speidel, Ziller, Thaler, Dppenheim, Regnier, Wehle u. s. w.), gewonnen. Als Herausgeber stehen auf dem Blatte die Herren Ziller und Abgeordneter Dr. Pickert, welcher letzterem auch die Chefredaction übertragen wurde. Die technische Einrichtung wird als eine überaus praktische bezeichnet. Nach so großartigen Anstrengungen darf man wohl auf das erste Debut des Unternehmens gespannt sein.

Eingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Allen Leidenden Gesundheit durch die delicate Revalesciere du Barry, welche ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten die nachfolgenden Krankheiten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserfucht, Fieber, Schwindel, Blutausfließen, Ohrenbräusen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Sicht, Bleichsucht. - Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden: Certificat Nr. 48421.

Seit mehreren Jahren schon war meine Verdauung stets gestört; ich hatte mit Magenübeln und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuß der Revalesciere befreit.

F. L. Sternier, Lehrer an der Volksschule. Gasen in Steiermark, Post Wirtfeld, 19. November 1870. Hochgeehrter Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß befrügte ich die günstige Wirkung der Revalesciere, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist. Dieses vortheilhafte Mittel hat mich von entsetzlichen Athembeschwerden, beschwerlichem Husten, Blähgasen und Magenkrämpfen, woran ich lange Jahre gelitten habe, ganz vollständig befreit.

Vincenz Staininger, pensionirter Pfarrer. Naehrhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Mahr, in Marburg F. Kollerting, in Klagenfurt P. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oberzanzmayr, in Innsbruck Diechtl & Frank, in Linz Haselmayr, in Pest Tröstl, in Prag J. Fürst, in Brünn F. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Das Hans S. Sachs & Co. in Hamburg wird uns wegen prompter und aufmerksamer Bedienung seiner Interessenten so angelegentlich empfohlen, daß wir nicht umhin können, auf die im heutigen Blatte befindliche Annonce desselben ganz besonders hinzuweisen.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Brünn, 15. December. Die Großgrundbesitzwahlen des ersten Wahlkörpers sind feindlich ausgefallen. Im zweiten siegten die Verfassungstreuen mit 82 gegen 63 Stimmen.

Bregenz, 15. December. Die Landgemeinden wählten wieder clerical, die bekannten Städtewahlen sind liberal.

London, 15. December. Der Kronprinz verbrachte Nacht und Vormittag ruhig. Die Krankheits Symptome sind günstig.

Petersburg, 15. December. Der „Regierungsbote“ bespricht die Lage Europas, weist auf den traditionellen Freundschaftsbund zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich hin, ermahnt Frankreich, es solle sich nicht neue Segner schaffen, sondern Nussenbündnisse suchen, erklärt die Verschmelzung der Slavenstämme unter der Hegemonie Rußlands für Utopie und betont wiederholt, daß Rußland Friedenspolitik befolgt.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind den 14. d. M. Nachmittags von Salzburg in Wien angekommen.

Wien, 15. December. Die Nationalbank beschloß, die Dividende der Bankactien für das zweite Semester zu zahlen.

Börsenbericht. Wien, 14. December. Die Börse war wohl auch in Aussicht einer Zinsfußermäßigung in günstiger Disposition; die Course der Hauptspeculationspapiere besserten sich um pausiert und die kleine wurde durch den Handel in den neu creirten Actien zweier Baugesellschaften beschäftigt, deren Cotirungen ein den Einführungscours um 2 bis 4 Gulden übersteigendes Agio behaupteten. Der Handel in Anlagewerthen war ohne Leben, der Cours der Devisen ziemlich constant wie gestern.

Table with financial data: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Andere öffentliche Anlehen, D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transportunternehmungen, F. Pfandbriefe, G. Prioritätsobligationen.

mester 1871 auf 32 1/2 Gulden festzusetzen. Das Gesamtverträgniß im Jahre 1871 per Actie ist 57 1/2, daher 5 mehr als im Vorjahr, und kommt fast einer neunehalbprocentigen Verzinsung des Nominal-Capitals gleich.

Linz, 15. December. Bei den gestrigen Landtagswahlen aus dem Großgrundbesitz wurden gewählt: Dr. Dehne, Mathias Ebenberger, Rudolf Baron Handel, Franz Graf St. Julien, Minister Lasser, Hermann v. Plank, Eduard v. Plank, die Grafen Starhemberg und Strachwitz und Ferdinand Wertheimer.

Brünn, 15. December. Weitere Städtewahlen: In Boskowitz Dr. Hoppe, in Freiberg Adolph Raschka, in Holschau Ignaz Fuz, in Jglau Dr. Sturm, in Olmütz Dr. Weeber, in Weißkirchen Johann Kaser, in Auspitz Johann Lomanek, in Brünn Jos. Kassa, Bürgermeister Evert, Dr. Benzliczke und Theodor Vochnr, in Datschitz Anton Leydolt, in Saha Rudolph Auspitz, in Hof Dr. Machanel, in Kremier Dr. Rozanek, in Kromau Julius Rittler, in Mistel Joseph Großmann, in Mäglitz Dr. Steinbrecher, in Nikolsburg Karl Lebowohl, in Neutitschein Dr. van der Straß, in Neustadt Dr. Ulet, in Proßnitz Johann Zaitzel, in Prerau Ignaz Wurm, in Sternberg Karl Mikulajschol, in Schönberg Ferd. Schneider, in Trübau Frenzl, in Trebitz Dr. Hanel, in Gradisch Johann Proklar, in Vrobd V. Brügg, in Znaim Joh. Fuz. Bisher im Ganzen 3 Nationale und 21 Verfassungstreue.

Ezeruowitz, 15. December. Die bisher bekannten Städtewahlen und Handelskammerwahlen sind verfassungstreue.

Florenz, 14. December. Wegen unter den Ministern entstandener Mißhelligkeiten steht eine Cabinetskrise bevor. Der König soll, in der Voraussicht, das Ministerium Lanza-Sella werde sich nicht lange halten können, Bonza di San Martino über die allfällige Cabinetsbildung consultirt haben.

London, 14. December. Der Prinz von Wales hat den Abend weniger unruhig verbracht. Von heute 1 Uhr Morgens wird berichtet, daß dieser Zustand andauert. Privatmittheilungen zufolge ist der Zustand des Prinzen ein ungünstiger, es zeigen sich sehr betrübende Lungensymptome.

London, 15. December. Die leichte Besserung im Befinden des Prinzen von Wales ist anhaltend.

Telegraphischer Wechselkurs vom 15. December.

Sperc. Metalliques 75 75. - Sperc. Metalliques mit Mai- und November-Rinsen 57 75. - Sperc. National-Anlehen 68.60. - 1860er Staats-Anlehen 101.60. - Bank-Actien 808. - Credit-Actien 323.80. - London 117.80. - Silber 117.25. - R. t. Münz-Ducaten 5.57. - Napoleons'or 9.35 1/2.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 14 der Statuten vom Jahre 1863 und auf Grund der Besche vom 5. Mai und 25. August 1866.) Veränderungen seit dem Wochenanweise vom 6. December 1871: Banknoten-Umlauf 311,402,805 Gulden. Hieron ab: Am Schlusse des Monats bar zu begleichende Forderung der Bank aus der commissionseweisen Besorgung des Hypothekar-Anweisungsgeschäftes (§ 62 der Statuten) 1,964,275 fl. 25 kr. Verbleiben 310,338,571 fl. 75 kr. - Bedeckung: Metallschatz 146,660,083 fl. 11 kr. In Metall zahlbare Wechsel 5,417,375 fl. 29 kr. Staatsnoten, welche der Bank gehören 2,894,913 fl. Escompte 127,303,047 fl. 69 kr. Darlehen 33,464,000 fl. Eingelöste Coupons von Grundentlastungs-Obligationen 69,972 fl. 19 1/2 kr. fl. 11,234,400 - eingelöste und börsenmäßig angekaufte Pfandbriefe à 66 2/3 Prozent 7,489,600 fl. Zusammen 323,298,991 fl. 28 1/2 kr.

Verstorbene.

Den 7. December. Maria Hitti, Arbeiterwitwe, alt 51 Jahre, in der Stadt Nr. 55 an der Lungenlähmung. - Maria Dimml, Tagelöhnerin, alt 44 Jahre, im Civilspital, und Ursula Smeto, Infirmisarme, alt 68 Jahre, im Versorgungshause Nr. 4, beide an der Entkräftung. - Dem Herrn Josef Vontar, Bäcker-

meister, sein Kind Johanna, alt 5 Jahre, in der Stadt Nr. 308 an chronischen Hydrocephalus. - Dem Lukas Arselin, Kankein- diener am Bahnhofe, seine Tochter Elisabeth, alt 34 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 25 an der Erschöpfung der Kräfte. - Dem Herrn Anton Escheniet, f. l. Bauadjunct, seine Frau Josefina, alt 37 Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 39 an der Halsbräune.

Den 8. December. Dem Josef Leschnag, Kostgeber, sein Kind Victor, alt 8 Monate, in der St. Petersvorstadt Nr. 2 an der Lungenentzündung. - Martin Pössel, Malergehilfe, alt 44 Jahre, im Civilspital an der Lungentuberculose. - Apollonia Jessenz, Einwohnerin, alt 68 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 141 am Fieber. - Dem Valentin Moditz, Arbeiter, sein Kind Franz, alt 2 Tage, im Hühnerdorfe Nr. 37 an Schwäche in Folge der Frühgeburt. - Dem Georg Zajc, Wirth, sein Kind Josef, alt 7 Tage, in der Kapuzinervorstadt Nr. 86 an Fraisen. - Maria Gasper, Einwohnerin, alt 58 Jahre, im Civilspital an der Lungentuberculose.

Den 9. December. Dem Herrn Josef Ferian, Werkführer, sein Kind Adolf, alt 6 Monate, in der Stadt Nr. 170 an der Lungenentzündung. - Dem Melchior Predio, Tischler, sein Kind Adolf, alt 7 Monate, in der Gradischavorstadt Nr. 15 an der häutigen Bräune. - Dem Georg Javornik, Schmied, sein Kind Leopold, alt 3 Monate, in der Polanavorstadt Nr. 51 an Schwäche. - Maria Kante, Magd, alt 21 Jahre, im Civilspital in Folge der histastatischen Pneumonie.

Den 10. December. Dem Herrn Johann Messesnu, gemeinem Leberhändler, seine Tochter Paula, alt 5 1/2 Jahre, in der Stadt Nr. 17 an der Abzehrung.

Den 11. December. Vincenz Ual, Tagelöhner von Laibach, bei 53 Jahre alt, ist in der Kravanvorstadt Nr. 68 in einem Stalle ganz abgekehrt tot gefunden und von da nach St. Christoph übertragen worden. - Michael Ubranovic, Kaiserleisch, alt 11 Jahre, im Civilspital am Fieber.

Den 12. December. Dem Jakob Kovacic, Dienstmann, sein Kind Leopoldine, alt 14 Monate, in der Stadt Nr. 111 an Fraisen in Folge von Gehirnblutwasserzucht. - Dem Herrn Georg Janzic, Gastgeber, sein Kind Josef, alt 30 Stunden, in der Stadt Nr. 179 an Lebensschwäche.

Den 13. December. Dem Herrn Michael Koncar, Schneidermeister, seine Wittin Aloisia, alt 42 Jahre, in der Stadt Nr. 226 in Folge von Typhus. - Frau Juwan, Schustergehilfe, alt 49 Jahre, im Civilspital an Gehirnblutung. - Barbara Talerin, Einwohnerin, alt 76 Jahre, im Civilspital an Altersschwäche. - Josefina Hellwig, Private, alt 68 Jahre, in der Stadt Nr. 69 an der Lungentuberculose.

Den 14. December. Herr Johann Gasparic, f. l. Amtsdienner, alt 52 Jahre, in der Stadt Nr. 257 an Gehirnblutung. - Georg Jaksic, Maurer, alt 58 Jahre, im Civilspital in Folge zufällig erittener Verlegung.

Angekommene Fremde.

Am 14. December.

Elefant. Graf Lichtenberg, Praprestschhof. - Graf Varbo, Kreis- senbach. - Baron Tauferer, Weizelburg. - v. Framlovic, f. l. Major, Fiume. - v. Batsinig, f. l. Hauptmann, und Burg- hart, Juwelier, Wien. - Wajtschik, Unterkrain. - Stare, Mannsburg. - Dubel, Handelsreisender, Wien. - Zevouscheg, f. l. Bezirksrichter, Feistritz. - Hodevar, Planina. Stadt Wien. Graf Margheri, Unterkrain. - Graf Thurn, Radmannsdorf. - Ritter v. Guttmansthal, Präsident, Trieft. - v. Zombart, Unterkrain. - Urbanek, Oberkrain. - v. Kanger, Bogany. - Smola, Rudolfswerth. - Scherz, Kfm., Graz. - Korniger, Kfm., Vrobd. - Klemenzi und Werner, Kaufleute, und Fr. v. Weiß, Wien.

Mohren. Podborek, Kistenland.

Theater.

Heute: Pariser Leben. Komische Oper in 5 Tableau von Weillbac und Halevy, deutsch von Karl Treumann. Musik von J. Offenbach.

Morgen: Der Zerkel im Herzen, oder: Das vierte Ge- bot. Lebensbild mit Gesang in zwei Acten und einem Vorspiel: Das Unglückszeichen, von Stamm. Musik von Müller.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with meteorological data: December, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Richtung des Windes, Niederschlag in Millimetern.

Dunsterfüllte Atmosphäre, wechselnde Bewölkung. Das Tagesmittel der Temperatur - 7.3°, um 6.2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.